

~~LIBERALE DEMOKRATIE~~

- Wahlen stets gewinnen!
- Medien unter Kontrolle bringen!
- Justiz unterwandern!
- Minderheiten attackieren! ✓
- Feindbilder schaffen! ✓
- Schwächen der EU nutzen!
- Alleinige Macht in Partei ✓
- Oligarchen!

TO DO
↑

Wie man eine liberale Demokratie zerstört

In Österreichs unmittelbarer und erweiterter Nachbarschaft ist die liberale Demokratie ein Feindbild. Polen und Ungarn bekämpfen sie offen und sind dabei erschreckend effizient. Die Europäische Union versucht spät, aber doch, gegenzusteuern – bisher mäßig erfolgreich. Aber wie geht das eigentlich – die Demokratie zerstören? Eine schaurige Anleitung.

VON SIOBHÁN GEETS, GREGOR MAYER,
ROBERT TREICHLER UND FRANZISKA TSCHINDERLE

Manche Geschichten muten zusehends unglaublicher an, je länger sie zurückliegen. Im Sommer 1992 tourte ein junger ungarischer Politiker durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Reise begann in Washington D.C. und führte nach Chicago und New York, in ein Reservat für Indigene in Oregon und nach Los Angeles. Eingeladen hatte der German Marshall Fund, eine US-Stiftung zur Förderung der transatlantischen Beziehungen. Ein Highlight des Trips war die Teilnahme am Parteitag der Demokraten, bei dem Bill Clinton offiziell zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl gekürt wurde. Eine solche Reise kann einen Jungpolitiker prägen – oder auch nicht.

Der junge Ungar hatte vier Jahre zuvor eine liberale Protestpartei mitgegründet, die bald erstaunlich erfolgreich war und 1992 in die Liberale Internationale aufgenommen wurde. Die Partei trägt bis heute den Namen „Bund Junger Demokraten“, auf Ungarisch kurz: „Fidesz“, und der aufstrebende 29-jährige Politiker hieß – Viktor Orbán.

Drei Jahrzehnte später ist der einstige Dissident aus dem kommunistischen Ungarn der wichtigste Protagonist einer Bewegung, die sich den liberalen Werten der Europäischen Union – der Rechtsstaatlichkeit, der Medienfreiheit, der Freiheit der Lehre, den Minderheitenrechten – vehement widersetzt und die dem liberalen Mainstream ein Gegenmodell gegenüberstellt: eine „illiberale Demokratie“ (den Begriff hat Orbán selbst verlautbart), basierend auf einem autoritären Staatsverständnis, einer starken Betonung der nationalen Souveränität, gepaart mit einem traditionellen, christlichen Weltbild und einer völkischen Ideologie.

Ungarn ist nicht das einzige Sorgenkind in der EU. In Polen verfolgt die von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) geführte Regierung eine ganz ähnliche Politik. In Slowenien versucht Ministerpräsident Janez Janša, die Medien unter seine Kontrolle zu bekommen.

In der Slowakei hat der Mord an dem Journalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirova im Februar 2018 die Regierung des Linkspopulisten Robert Fico zu Fall gebracht, doch die mafiös-politischen Verstrickungen, die zum Teil ans Tageslicht kamen, konnten von der Justiz bisher nicht gänzlich aufgeklärt werden. Außerdem ist auch die Nachfolgeregierung mit Vorwürfen wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit konfrontiert.

Bulgarien schließlich wird von einer Kaskade an Korruptionsfällen heimgesucht, wobei in einige von ihnen auch Bojko Borissow verwickelt ist, der Langzeit-Ministerpräsident, der eben abgelöst wurde.

Österreich, das sich aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Neutralität immer als Brücke zum Osten verstanden und wirtschaftlich seit 1989 davon enorm profitiert hat, ist von diesen Entwicklungen auf besondere Weise betroffen.

Bisher versucht die österreichische Bundesregierung, etwa im Fall Ungarn, die nachbarschaftlichen

Beziehungen so unbelastet wie möglich zu gestalten – was ihr viel Kritik einbringt, auch von profil. Sebastian Kurz traf sich mit Janša im Sommer 2020 zum Wandern auf dem Triglav, dem höchsten Gipfel Sloweniens. Eine Woche zuvor war ein alarmierender Bericht über den Abbau der Pressefreiheit unter Janša erschienen. Anzeichen, dass Kurz mit seinem Amtskollegen darüber gesprochen hat, gibt es keine. Und als der Fidesz im März dieses Jahres die Europäische Volkspartei verließ, scheuten die Türken aus Wien als eine der wenigen konservativen Parteien die offene Konfrontation mit Orbán.

Haben wir die Demokratiefähigkeit der Staaten des ehemaligen Ostblocks überschätzt? Ist unser Traum vom globalen Siegeszug der liberalen Demokratie am Ende sogar vor unserer Haustür zerplatzt?

Der bulgarische Intellektuelle Ivan Krastev und der US-Politikwissenschaftler Stephen Holmes versuchten 2019 in dem Buch „Das Licht, das erlosch: Eine Abrechnung“ eine Erklärung: Die 1989 vom Kommunismus befreiten Länder hätten das westliche System bloß wohl oder übel imitiert und dabei subjektiv ihre eigene Identität eingebüßt. Schließlich hätten sie sich angesichts eines permanenten Gefühls der Unzulänglichkeit von der liberalen Demokratie abgewandt.

Überheblichkeit gegenüber den Ost-Staaten ist unangebracht. Der Trend des „democratic backsliding“, also die Demontage demokratischer Institutionen, ist nicht auf Osteuropa beschränkt. Ähnliche Tendenzen waren jüngst in den USA zu beobachten, und weit rechts stehende Parteien in Westeuropa wie die FPÖ, die deutsche AfD oder das französische Rassemblement National warten nur darauf, Orbán nacheifern zu können. Bloß sind die demokratischen Institutionen in alten Demokratien widerstandsfähiger als in jungen.

Will man verhindern, dass sich der Gulasch-Autokratismus ausbreitet, sollte man wissen, wie er funktioniert:

Wie also zerstört man die liberale Demokratie?

Stellen Sie sicher, dass Sie Wahlen stets gewinnen!

Auf Wahlen kann man nicht so einfach verzichten, aber man kann sich Wettbewerbsvorteile verschaffen.

„Einmal müssen wir gewinnen, dann aber wirklich ordentlich!“ Das sagte Viktor Orbán 2007. Drei Jahre später gewann Fidesz die Wahl mit 53 Prozent der Stimmen. Nach damaligem ungarischem Wahlrecht bedeutete das eine Zweidrittelmehrheit. Und genau hier liegt der Kniff: Denn Orbán setzte weitere, auf Fidesz-Bedürfnisse zugeschnittene Änderungen des Wahlrechts durch. Sie sahen unter anderem eine Reduktion der Parlamentssitze vor. Mit dieser Mehrheit ausgestattet, konnte Orbán die Verfassung sowie Gesetze im Verfassungsrang nach Belieben ändern. Zentral beim Umbau des demokratischen zum halb-autoritären Staat: Die adäquate Zuschneidung von Wahlkreisen und die Gewährung des Wahlrechts für ethnische Ungarn in den Nachbarländern.

Wer Wahlen konsequent gewinnen will, der muss



MINISTERPRÄSIDENTEN ORBÁN, JANŠA
Ist unser Traum vom Siegeszug der liberalen Demokratie sogar vor unserer Haustür geplatzt?

sich auf zwei weitere Faktoren verlassen: Dominanz von Medien und Anzeigenmarkt sowie die Nutzung staatlicher und kommunaler Verwaltungen für Fidesz-Werbung. Exemplarisch für Letzteres ist der ungarische Plakatmarkt. Außerhalb der Wahlkampfzeiten sind politische Botschaften auf Plakaten verboten. Nur die Regierung darf im Sinne einer „Regierungsinformation“ ihre Erfolge verbreiten. Über Jahrzehnte ließ die unabhängige Wochenzeitung „HVG“ ihre ironischen Covers, die sich über Politiker lustig machen, auf den Budapester Litfaßsäulen plakatieren. Seit 2019 gehören die Werbeträger einer Firma aus dem Mészáros-Imperium. Seitdem nimmt sie von „HVG“ keine Aufträge mehr entgegen.

Bringen Sie die Medien unter Ihre Kontrolle!

Wer das Volk beeinflussen will, kann eine pluralistische Medienlandschaft nicht brauchen. Staatliche Medienmonopole gibt es heute nicht mehr, wohl aber Mechanismen, um eine möglichst gleichförmige Berichterstattung zu erzielen.

Am 3. Mai, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, ging in Slowenien eine Spendenaktion online. Sie hat mittlerweile eine Viertelmillion Euro eingespielt, nicht wenig für ein Land mit zwei Millionen Einwohnern. Es geht um die Rettung der staatlichen Nachrichtenagentur STA, vergleichbar mit der APA in Österreich. Die STA ist in Slowenien eine tragende Säule der Demokratie, sie existiert bereits seit der Unabhängigkeit des Landes. Jetzt droht ihr die Insolvenz. Der Grund: Ministerpräsident Janez Janša und seine rechtskonservative „Slowenische Demokratische Partei“ (SDS) haben der Redaktion mit rund 100 Mitarbeitern den Geldhahn zugekehrt.

In der Branche gilt die STA als die Beste ihrer Art unter den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens. Janša hat sie hingegen als „nationale Schande“ und „Werkzeug der extremen Linken“ bezeichnet. Was möchte

„Einmal müssen wir gewinnen, dann aber wirklich ordentlich.“

Viktor Orbán, 2007 als Oppositioneller



APA/AFP/POOL/FRANCESCO SECO

der Premier damit sagen? Auf Anfrage von profil heißt es aus seinem Büro: „Wir lehnen die bizarren Vorwürfe ab, dass jemals jemand Druck auf Redakteure der STA ausgeübt hat.“

Barbara Štrukelj erzählt eine andere Geschichte. Sie arbeitet seit 1991 für die STA und ist mittlerweile Chefredakteurin. Jetzt muss sie sich mit einer Regierung herumschlagen, die dem per Gesetz vorgeschriebenen öffentlich-rechtlichen Auftrag nicht nachkommt. Dazu kommt: In letzter Zeit werde ihre Redaktion mit Telefonanrufen und anonymen Drohungen belästigt.

In Ungarn werden Medien von Orbán-treuen Oligarchen kontrolliert, in Polen von staatlichen Konzernen, etwa aus der Ölindustrie. Janša lenkt Slowenien in eine ähnliche Richtung. Seit Jahren expandieren ungarische Investoren auf den slowenischen Markt und finanzieren unter anderem „Novo24TV“: Das Online-Portal ist nicht nur das wichtigste Sprachrohr der Regierung, sondern verbreitet auch Verschwörungstheorien und antisemitische Inhalte. In den Artikeln ist die Rede von der STA als Werkzeug eines „tiefen Staates“.

Unterwandern Sie die Justiz!

Die Justiz kann den Umbau des Staates erheblich behindern, indem sie Gesetze für verfassungswidrig erklärt, Korruption zur Anklage bringt, Minderheiten zu ihren Rechten verhilft. Deshalb muss die Regierung den Apparat unter ihr Kuratel bringen.

Ob Polen noch eine Demokratie sei, wurde Adam Bodnar schon unzählige Male gefragt. Seit fünf Jahren ist der Verfassungsrechtler Polens Ombudsman und somit der oberste Beauftragte für Menschenrechte. Der konservativen Regierungspartei PiS ist der 44-Jährige ein Dorn im Auge.

Im Gespräch mit profil antwortet Bodnar nicht mit Ja oder Nein, sondern mit einem Vergleich aus dem Fußball: „Die PiS hat einen klaren Wettbewerbsvorteil. Stellen Sie sich ein Match vor, bei dem eine

„Die PiS hat einen klaren Wettbewerbsvorteil.“

**Adam Bodnar
Polens Ombudsman**

Mannschaft elf und die andere nur acht Spieler auf das Feld schickt.“

Was Bodnar damit sagen will: Polen gibt vor, nach demokratischen Spielregeln zu spielen, aber die Macht konzentriert sich zunehmend in den Händen einer Partei. Auch die Schiedsrichter – die Richter und Staatsanwälte – sind zunehmend eingeschränkt.

Wären Ermittlungen, wie sie derzeit gegen Sebastian Kurz in Österreich laufen, in Warschau möglich? Darauf hat Bodnar eine schnelle Antwort: Nein.

In Polen ist der Generalstaatsanwalt gleichzeitig Justizminister und Julia Przyłębska, die Präsidentin des Verfassungsgerichts, eine enge Vertraute von PiS-Chef Jarosław Kaczyński. Bodnar bezeichnet das Verfassungsgericht als politisiert und als Handlanger für politische Ziele. Als Beispiel nennt er das umstrittene Urteil von Oktober 2020, mit dem Abtreibungen de facto verboten wurden.

Und die Staatsanwälte? „Man muss viel Mut beweisen, will man dieser Tage ein unabhängiger Staatsanwalt in Polen sein“, sagt Bodnar. Wer sich widersetze, werde mit wenig prestigereichen Posten auf lokaler Ebene bestraft: „Ich kenne Staatsanwälte, die sich früher mit organisiertem Verbrechen beschäftigt haben und jetzt mit Fahrraddiebstählen.“

Attackieren Sie Minderheiten, um nationale Größe zu suggerieren!

In einer illiberalen Demokratie ist Toleranz gegenüber anderen Denk- oder Lebensweisen kein positiver Wert. Deren Ablehnung soll die nationale Identität stärken.

Bartosz Staszewski hat mehrere Klagen am Hals. Der Grund: Der junge Pole hat aus Provokation ein gelbes Schild mit der Aufschrift „LGBT-freie Zone“ aufgestellt. Es hat für so viel Aufsehen gesorgt, dass sich sogar der polnische Ministerpräsident dazu äußerte. Auf der Pressekonferenz stolperte Mateusz Morawiecki über vier Buchstaben.

„LGD. LG. LGBT“, stammelt er vor laufenden Kameras.

LGBT steht für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender. Morawieckis Partei, die nationalkonservative „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), sieht darin eine gefährliche Ideologie, die Polen einzunehmen versuche.

„Wir sind keine Ideologie, sondern Menschen“, sagt hingegen Staszewski.

Sogenannte „LGBT-freie Zonen“ gibt es in Polen tatsächlich. Damit sind Gemeinden gemeint, die eine Charta unterzeichnet haben, die unter anderem dazu aufruft, Kinder vor „Demoralisierung“ und „Homo-Propaganda“ zu schützen. Initiiert wurde die Charta von einer PiS-Abgeordneten, erzählt Kuba Gawron. Der 40-Jährige hat eine interaktive Karte programmiert, in der die Zonen rot markiert sind. „In zehn Monaten haben sie 30 Prozent von Polens Territorium bedeckt“, sagt Gawron.

Polens erste LGBT-freie Zone war Świdnik, eine Stadt mit 40.000 Einwohnern im Südosten des Landes. Radosław Brzózka arbeitet dort in der Stadtverwaltung und schickt profil auf Anfrage einen Flyer, den er geschrieben hat.

Er beginnt mit einem Zitat von Papst Johannes Paul II. und warnt vor einer „Kulturrevolution“ in Polen.

Schaffen Sie Feindbilder!

Kritiker – vor allem solche aus dem Ausland – kommen nicht ungelegentlich. Sie können als internationale Verschwörung gegen das eigene Land dargestellt werden.

Zoltán Kovács, seit 2010 ungarischer Regierungssprecher, teilt wenig schmeichelhaft gegen Orbán-Kritiker aus. Dem Politikwissenschaftler Daniel Kelemen hat er nach der Veröffentlichung eines akademischen Papers geraten, einen Psychiater aufzusuchen. Der Journalistin Lili Bayer von „Politico“ hat er unterstellt, Drogen zu nehmen. Gerald Knaus, einem österreichischen Migrationsforscher, wirft er vor, eine Kampagne gegen Ungarn losgetreten zu haben.

Knaus als Feindbild in Budapest? Diese Geschichte beginnt mit einem Bericht, den sein Thinktank „European Stability Initiative“ (ESI) im April 2020 veröffentlichte. Die Conclusio: Kein Land macht so stark Stimmung gegen die EU – und das, obwohl es mehr Geld aus den Fördertöpfen Brüssels bekommt als alle anderen Mitgliedstaaten. Zahlreiche Medien griffen den Bericht auf, darunter die „New York Times“. „Auf einmal war ich der Bösewicht Nummer eins“, sagt Knaus im Gespräch mit profil, „ich wurde zum Kopf einer Verschwörung gegen Ungarn“. Regierungsnahen Medien porträtierten den Österreicher als „Dirigent von George Soros“, eine Tageszeitung brachte eine achteilige Serie über ihn und druckte Fotos von Knaus in Badehose. Im Fernsehen debattierten Orbán-treue Politologen darüber, dass Knaus eine Gefahr für die nationale Sicherheit Ungarns darstelle.

Suchen Sie Verbündete, und nutzen Sie die Schwächen der EU!

Allein gegen alle klingt gut, ist aber schwer durchzuhalten. Auch illiberale brauchen Gleichgesinnte.

Die EU ruft Polen und Ungarn seit Jahren dazu auf, Rechtsstaatlichkeit einzuhalten – ohne Erfolg. Das sogenannte Artikel-7-Verfahren, bei dem Ländern das Stimmrecht entzogen werden kann, scheiterte stets am Rat der Staats- und Regierungschefs. Für eine Verurteilung braucht es Einstimmigkeit – und Ungarn und Polen schützen einander gegenseitig.

Auch die größte Parteienfamilie in der EU hat sich lange hinter Orbán gestellt. Erst vor zwei Monaten trat der Fidesz aus der Europäischen Volkspartei aus.

„Wir haben immer wieder gefragt: Wann schließt ihr Orbán endlich aus?“, erinnert sich die ehemalige Vizepräsidentin des EU-Parlaments und Grüne Ulrike Lunacek im Gespräch mit profil. Doch das wollten nur wenige in der EVP hören. „Sie dachten, es würde wieder besser werden. Orbán hat immer wieder bei dem einen Thema nachgegeben, um dann bei einem anderen vorzupreschen.“

Einmal in der EU, können Länder ihre Demokratien weitgehend ungehindert abbauen. Wie ist das möglich? Dazu forscht der US-amerikanische Politikwissenschaftler Daniel Kelemen. „Das Problem ist

schon lange bekannt“, sagt er, „doch die EU hat immer wieder Ausreden gefunden, es nicht anzugehen.“

Damit könnte jetzt Schuss sein. Ende 2020 wurde der sogenannte Rechtsstaatlichkeits-Mechanismus eingeführt. Er sieht vor, dass die EU-Kommission Sanktionen verhängen kann, wenn sich eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür ausspricht. Mittlerweile liegt der Mechanismus beim Europäischen Gerichtshof, Ungarn und Polen haben Klage eingereicht. Verurteilt werden können die Regierungen aber auch nachwirkend – sobald der EuGH entschieden hat.

Ergreife in deiner Partei die alleinige Macht!

Will man Pluralismus bekämpfen, muss man damit im eigenen Haus beginnen.

István Hegedüs, Soziologe und Präsident der Ungarischen Europa-Gesellschaft, hat alles schon gesehen, damals vor gut 30 Jahren. Im April 1988, weni-



GREGOR MAYER

EX-FIDESZ-MITGLIED HEGEDÜS
„Wir glaubten an den politischen Liberalismus.“

ge Wochen nach der Gründung, trat er dem Fidesz bei. Die Jugendorganisation war noch keine Partei, sondern ein Sammelbecken junger Antikommunisten. „Wir glaubten an den politischen Liberalismus und in erster Linie an die politischen Freiheitsrechte“, erinnert sich Hegedüs. Der 63-Jährige empfängt in seiner Wohnung in einem prächtigen Jugendstil-Haus der Budapester Innenstadt. Er hat sich den legeren Charme des Ur-Fidesz bewahrt, trägt das Haar locker nach hinten gebunden, bevorzugt Jeans gegenüber Anzügen. Schon früh stieß sich Hegedüs an Orbáns kämpferischem, radikalem Habitus.

In der späteren Partei bildeten sich zwei Flügel heraus, einer um Orbán und einer um den bohémehaftigen Gábor Fodor, dem sich Hegedüs anschloss. Die Auseinandersetzung wurde immer schärfer. Das Orbán-Lager schlug antiliberalen, intellektuellen- und medienfeindliche Töne an. Die leiseste Kritik an ihm wertete Orbán als Angriff auf seine Person. Jeden politischen Konflikt stilisierte er zum Kampf auf Leben und Tod. „Plötzlich war in der Auseinandersetzung mit uns jedes Mittel erlaubt“, so Hegedüs. „Wir wurden zu Feinden, Verrätern, Agenten erklärt.“ 1994

kehrte er Fidesz den Rücken. Heute sagt er: „Was heute im Großen im ganzen Land geschieht, das ist damals innerhalb der Partei geschehen.“

Binden Sie wohlgesinnte Oligarchen an sich!

Politische Macht und das große Geld brauchen – und stützen – einander.

„Man hätte die acht bis zehn Großunternehmer finden müssen, die Ungarns Großkapitalisten werden würden.“ Diese Beobachtung teilte Orbán im Jahr 1994 mit seinem damaligen Berater József Debreczeni, der später eine kritische Biografie über ihn veröffentlichte.

Als Orbán im Alter von 35 Jahren erstmals Regierungschef wurde, machte er Lajos Simicska, den Parteikassier des Fidesz, zum Chef des Finanzamts. In Orbáns erster Legislaturperiode widmete sich Simicska dem Aufbau eines Imperiums von Bau- und Medienunternehmen. Seine Loyalisten übernahmen in weiterer Folge die Wirtschaftsministerien und organisierten die Verteilung der EU-Gelder. Später lebte sich das Tandem Orbán-Simicska auseinander. Simicska missfiel Orbáns Hinwendung zu Putins Russland. Orbán sah im Intimus eine geballte Wirtschaftsmacht, die ihm gefährlich werden konnte. Nach der Wahl 2018 musste Simicska seine gesamten Unternehmensbesitzungen auf andere Oligarchen überschreiben, ausgenommen einer Ziegenherde und seinen Privatbesitz an Immobilien.

Orbáns Lieblingsoligarch ist seitdem der Kindheitsfreund Lőrinc Mészáros. Der 55-Jährige schaffte es, vom kleinen Gasinstallateur in Orbáns Heimatdorf Felcsut zum reichsten Ungar aufzusteigen. Sein geschätztes Vermögen liegt laut dem Wirtschaftsmagazin „Forbes“ bei 1,3 Milliarden Dollar, sein Reich umfasst Banken, Versicherungen, Hotels und Bauunternehmen.

Weitere Großunternehmen verteilen sich auf fünf oder sechs weitere Oligarchen, die vom Willen des Regierungschefs abhängig sind. Orbáns Beobachtung von 1994 ist praktisch wahr geworden. Die von ihm kontrollierte Oligarchie ist das Fundament seiner Macht.

*

Und was jetzt?

All diese Strategien funktionieren in den jeweiligen Ländern erschreckend gut, und das beunruhigt die Europäische Union und alle Anhänger der liberalen Demokratie. Denn noch hat die EU kein taugliches Mittel gefunden, die illiberale Spirale zu stoppen. Aber dennoch sollte die Besorgnis kein Grund sein, den Stab über die osteuropäischen Staaten, die Osterweiterung oder gar die Europäische Union als rechtsstaatliche Kraft zu brechen. Die Tendenz ist zugegeben negativ, doch ein Blick etwa nach Belarus lehrt, wie sich Staaten entwickeln können, die nicht im Einfluss der Europäischen Union sind.

Der Kampf der liberalen gegen die illiberale Demokratie kann nur mit rechtsstaatlichen, liberalen, demokratischen Mitteln gewonnen werden. Oder er kann gar nicht gewonnen werden. ■

„Unisextoiletten! Ich war schockiert!“

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó verteidigt das Weltbild seiner Regierung gegen Angriffe des von ihm verabscheuten liberalen Mainstreams. Eine exemplarische Debatte.

profil: Ich möchte mit dem Konflikt beginnen, der der Anlass für dieses Interview ist. Kürzlich schickte eine profil-Redakteurin drei Fragen an Ihre Partei Fidesz. Anstatt zu antworten, leitete die Partei-Pressestelle die Fragen empört an den öffentlich-rechtlichen TV-Sender M1 weiter, der unsere Redakteurin daraufhin in mehreren Beiträgen runtermachte. Sie selbst kommentierten den Vorfall auf Ihrem Facebook-Account und schrieb, eine Journalistin aus Österreich „verbreitet ‚Fake News‘ über ein anderes Land“. Interessanterweise wurde Ungarn in den Fragen nicht mal erwähnt, es ging nur um Fidesz. Haben Sie Fidesz und Ungarn verwechselt?

Szijjártó: Die Fragen wurden nicht an mich gerichtet, deshalb habe ich damit nichts zu tun. Was mich aber betrifft, ist Folgendes: Ich war schockiert, dass ich einen Telefonanruf von einem Minister eines anderen Landes (Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg, Anm.) erhalte, weil in den TV-Nachrichten über eine Journalistin berichtet wird. Ich verstand nicht, was man von mir erwartete. Sollte ich selbst einem Fernsehsender sagen, worüber und wie berichtet werden dürfte oder über österreichische Journalisten nicht berichtet werden darf? Das hat mich wirklich überrascht. Mein Gefühl ist, dass Sie mit zweierlei Maß messen. Wenn es darum geht, patriotische Christdemokraten zu kritisieren – etwa meine Partei Fidesz oder unseren Ministerpräsidenten Viktor Orbán –, dann ist das für Sie in Ordnung, aber wenn der liberale Mainstream kritisiert wird – dessen Politiker oder Journalisten – dann protestieren Sie!

profil: Ich würde dennoch gern verstehen, was Sie mit Ihrer Kritik, die Sie auf Facebook veröffentlichten, meinen: „Eine liberale Journalistin kann ungestört Fake News über ein Land verbreiten.“ Was waren denn die Fake News?

Szijjártó: Ich habe das ganz generell gemeint. Zum Beispiel ist es eine Lüge, dass es hier in Ungarn Probleme mit der Medienfreiheit gäbe. Aber wann immer Fake News über Ungarn verbreitet werden – dass wir nicht demokratisch seien und so weiter –, dann ist das in Ordnung. Aber wenn eine liberale Journalistin kritisiert wird, wofür auch immer ...

profil: Es schien Ihnen offensichtlich nicht egal zu sein, denn Sie haben sich dazu ja auf Facebook geäußert ...

Szijjártó: Ich habe mich über die allgemeine Wahrnehmung geäußert.

profil: Ihre Partei hat sich darüber beschwert, die profil-Anfrage sei „provokant“ und „unprofessionell“. Sehen wir uns doch diese Fragen einmal an: Es geht darin um die Bemühungen, eine neue Fraktion im EU-Parlament zu gründen. „Ihr Parteichef Viktor Orbán hat Matteo Salvini von der italienische Lega und Mateusz Morawiecki von der polnischen PiS eingeladen. Warum wurden die FPÖ und das Rassemblement National (RN) nicht eingeladen?“

Szjijártó: Können Sie mir die ganze Frage vorlesen? Ich habe ja diese Fragen nicht erhalten.

profil: Das war sie schon. Eine sehr simple Frage. Wir wollten wissen, nach welchen Kriterien Sie Parteien zur Sondierung einer neuen Fraktion einladen.

Szjijártó: Weil diese drei unter den infrage kommenden Parteien die erfolgreichsten bei den vergangenen EU-Parlamentswahlen von 2019 waren.

profil: Danke für die Antwort. Das bedeutet, Sie werden auch andere Parteien fragen, ob sie einer neuen Fraktion beitreten wollen?

Szjijártó: Ja, aber das steht im Moment nicht oben auf unserer Agenda, weil wir Covid-19 bekämpfen, aber es könnte sein, dass es zu Konsultationen mit anderen Parteien kommt.

profil: Es gibt also keine ideologische Barriere zur FPÖ und dem Rassemblement National?

Szjijártó: Wir haben noch keine Entscheidung getroffen, deshalb kann ich dazu jetzt noch nichts sagen. Wir waren eine Schwesterpartei der ÖVP in der Europäischen Volkspartei (EVP), wir stimmen in sehr vielen Fragen mit der ÖVP überein. Ich würde sogar sagen, dass wir in weit mehr Themen mit der ÖVP übereinstimmen als mit anderen Parteien der EVP. Die persönlichen Kontakte mit Sebastian (Kurz, Anm.) und Alexander (Schallenberg, Anm.) sind perfekt. Was die FPÖ betrifft: Wir haben eine gute Beziehung zu ihrem Vorsitzenden, wir stimmen in vielen Themen überein, keine Frage. Wird der Kreis der Geladenen also größer werden? Da bin ich mir ziemlich sicher.

profil: Fidesz war viele Jahre Mitglied der EVP und driftete langsam in eine andere Richtung. Schließlich kamen fast alle anderen Mitgliedsparteien zu dem Schluss, dass Fidesz nicht länger Teil der EVP sein könne. Sie müssen zugeben, dass mit Ihrer Partei etwas passiert sein muss. Was ist es?

Szjijártó: EVP und Sozialisten waren im Europäischen Parlament über viele Jahre in einer Art Koalition. Das hat sie geformt, so ähnlich wie Ehemann und Ehefrau einander beeinflussen. Aber die Sozialisten haben die EVP viel stärker beeinflusst als umgekehrt. Wir sehen es so, dass die EVP heute links der Mitte gelandet ist. Das hat den Bruch mit Fidesz verursacht. Bei den Themen Familie, Migration, Rolle der Nation, kulturelles Erbe und Religion denken wir anders. Wir hatten versucht, die Einstellung der EVP von innen zu verändern, aber ohne Erfolg.

profil: Wenn Sie sagen, dass die Parteien der EVP links der Mitte stehen ...

Szjijártó: ... ja, das sehe ich so ...

profil: ... dann nehmen wir doch Deutschland als Beispiel: Wenn die Unionsparteien CDU und CSU links der Mitte stehen, wo ist denn dann die Mitte? Wollen

Sie allen Ernstes sagen, die Alternative für Deutschland (AfD) sei die politische Mitte in Deutschland?

Szjijártó: Ich habe über die Europäische Volkspartei und nicht über Deutschland gesprochen. Ich will nicht interne Gegebenheiten anderer Länder kommentieren. Ich halte es nicht für richtig, wenn sich Leute aus dem Ausland für klüger halten. Ich sage nur, dass die EVP als Parteienfamilie nach links gegangen ist.

profil: Wenn Sie sich die Parteien ansehen, die in der EVP vereint sind – etwa die französischen Republikaner, oder auch die ÖVP –, das sind doch alles andere als linke Parteien. In der EVP ist Platz selbst für Parteien, die deutlich rechts der Mitte stehen – aber es ist kein Platz mehr für Fidesz. Gleichzeitig bekommen Sie öfter Applaus von der AfD, der FPÖ, dem RN und der Lega als von den Konservativen. Was sagt Ihnen das?

Szjijártó: Ich verstehe, was Sie sagen, aber das ist nicht das Koordinatensystem, das unser Denken bestimmt. Wir wollen Applaus vom ungarischen Volk bekommen. Wir erwarten gegenseitigen Respekt, darum geht es. Man soll nicht ein Land aus der Perspektive eines anderen beurteilen. Politiker sollten sich nicht so sehr um interne Angelegenheiten anderer Länder kümmern, wie sie das derzeit tun. Würde man sich stattdessen nur ein wenig mehr darum kümmern, wie man den eigenen Wählern Gutes tun oder Antworten auf die vor uns stehenden Herausforderungen finden könnte, wäre die ganze Welt ein besserer Ort.

profil: Halten Sie sich selbst daran? Ihr Parteichef Viktor Orbán hat vergangenes Jahr an einem Treffen sehr weit rechts stehender Politiker in Rom teilgenommen – da waren etwa Giorgia Meloni, die Chefin der Fratelli d'Italia, die rechts der Lega angesiedelt sind, oder auch Marion Maréchal-Le Pen, die Nichte der RN-Vorsitzenden Marine Le Pen. Orbán sagte dort: „Wir müssen den Liberalismus in Europa bekämpfen.“ Weshalb wollen Sie den Liberalismus bekämpfen, und warum gleich in ganz Europa?

Szjijártó: Nach unserer Ansicht strebt der Liberalismus nach der Meinungs-Hegemonie. Wer nicht wiederholt, was der Mainstream sagt, wird sofort scharf angegriffen – wir, zum Beispiel. Wir richten uns in den meisten Fragen nicht nach dem internationalen Mainstream. Und sehen Sie, wie man versucht, uns politisch fertigzumachen! Wenn ein Medium christlich-patriotischen Anliegen gegenüber freundlich eingestellt ist, wird es sofort von den Mainstream-Medien als Handlanger unserer Regierung attackiert, der Diskriminierung beschuldigt und all das. Dagegen müssen wir etwas tun! Sehen Sie, was mit den Twitter- und Facebook-Accounts von Ex-US-Präsident Donald Trump passiert ist! Sie wurden gesperrt! Hat-

„Der Liberalismus strebt nach der Meinungs-Hegemonie.“



ROBERT TREICHLER

Péter Szijjártó, 42

Der ehemalige Sprecher von Premierminister Viktor Orbán und Präsident der Jugendorganisation der Fidesz-Partei (2005–2009) war 2002 der jüngste Abgeordnete im ungarischen Parlament. Seit 2014 ist er Außenminister.

ten die Mainstream-Medien dagegen einen Einwand im Sinne der Meinungsfreiheit? Nein.

profil: Doch, ich zum Beispiel habe in einem Kommentar in profil kritisiert, dass es völlig unverhältnismäßig ist, dass die Taliban einen Twitter-Account haben können, nicht aber Donald Trump. Sprechen wir über die sogenannte liberale Hegemonie und die Probleme, die Sie damit haben. Im Jahr 2014 trat Ungarn unter Premierminister Orbán der Istanbul-Konvention zum Schutz der Frauen bei. Jetzt hat Ihre Regierung bekannt gegeben, sie werde die Konvention nicht ratifizieren. Was ist da passiert?

Szijjártó: Die Istanbul-Konvention besteht aus zwei Teilen. Einer betrifft den Schutz von Familien, Frauen und Kindern. Die ungarischen Gesetze gehen in diesen Bereichen an Strenge weit über das hinaus, was die Istanbul-Konvention vorsieht. Beim anderen Teil jedoch, in dem Migration und Genderangelegenheiten behandelt werden, haben wir ernsthafte Bedenken. Wir in Ungarn haben eine andere Vorstellung von Gendergerechtigkeit. Wir verstehen darunter die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Ande-

re Staaten meinen hingegen etwas anderes, deshalb setzen Polen und Ungarn üblicherweise eine erklärende Bemerkung unter Texte der EU, in denen der Begriff „Gendergerechtigkeit“ vorkommt. Die Istanbul-Konvention meint mit Gendergerechtigkeit auch etwas anderes, und das ist einer der Gründe, weshalb wir sie nicht ratifizieren.

profil: Die Istanbul-Konvention schützt auch Personen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, oder weil sie zum Beispiel Transgender sind. Was stört Sie daran?

Szijjártó: Die ungarischen Gesetze beschützen alle. Niemand kann wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Aber in Ungarn kümmert sich der Staat um das Geschlecht nur ein einziges Mal: Wenn Sie geboren werden, nur dann wird es registriert.

profil: Und es kann nicht mehr verändert werden.

Szijjártó: Aus der Sicht des Staates nicht. Weil es den Staat nichts mehr angeht.

profil: Aber was ist, wenn jemand sein Geschlecht ändert? Dann kann das laut Ihren Gesetzen nicht mehr

„Die Europäische Volkspartei ist nach links gegangen.“

„Was soll das heißen – ihr Geschlecht geändert?“

im Reisepass vermerkt werden. Dabei ist das wohl die tiefgreifendste Veränderung, die ein Mensch vollziehen kann.

Szijjártó: Den Staat geht das nichts an.

profil: Können Sie sich für eine Minute vorstellen ...

Szijjártó: Nein, kann ich nicht, ganz ehrlich.

profil: Dennoch: Stellen Sie sich vor, in Ihrem Reisepass steht, dass Sie eine Frau sind, während Sie tatsächlich bereits ein Mann sind.

Szijjártó: Verzeihen Sie mir, aber das kann ich mir nicht vorstellen.

profil: Eben. Aber Sie bringen manche Leute in genau diese Lage.

Szijjártó: Unser Pass hält ein Faktum fest: Das Geschlecht, das Sie bei Ihrer Geburt hatten.

profil: Sie haben auch die Adoptionsgesetze geändert, sodass nur noch Verheiratete ein Kind adoptieren können. Alleinstehende benötigen eine Ausnahmegenehmigung. Warum muss man unbedingt verheiratet sein?

Szijjártó: Diese Änderung beruht auf unserer Verfassung, die Familien unterstützt und schützt. Wir glauben, dass es das Beste für ein Kind ist, in einer Familie

Szijjártó: Nicht hier.

profil: Eben. Meinen Sie, dass sich diese Entwicklung hin zu einer liberalen Haltung mit etwas Verzögerung auch in Ungarn vollziehen wird – auch wenn Sie persönlich und Ihre Partei etwas dagegen haben?

Szijjártó: Es scheint ein europäischer oder sogar ein globaler Trend zu sein; ein Trend, der mir nicht gefällt. Ich will solche Entwicklungen in anderen Ländern nicht kommentieren, und ich erwarte, dass man auch uns nicht niedermacht, weil wir anders denken. Meine Vorstellung ist, dass in einer Familie der Vater ein Mann ist und die Mutter eine Frau. Aber es wird in Ungarn niemand diskriminiert, weil er anders denkt.

profil: Kann eine lesbische Frau ein Kind adoptieren und mit einer Frau zusammenleben?

Szijjártó: Da sie nicht verheiratet ist, muss sie um eine Ausnahmegenehmigung ansuchen.

profil: Wird sie eine bekommen?

Szijjártó: Das hängt vom individuellen Fall ab. Ich kann Ihnen keine kompetente Antwort geben, weil ich nicht Familienminister bin. Aber ich weiß, dass wir ganz bestimmt Familien bevorzugen. Ob es Ihnen gefällt oder nicht, das Beste für ein Kind ist eine Familie mit Vater und Mutter.

profil: Sie wissen, dass viele Ehen zerbrechen. Macht es für das Wohlbefinden eines Kindes einen Unterschied, ob es bei einer geschiedenen Mutter aufwächst oder bei einer lesbischen Mutter, die mit einer Frau zusammenlebt?

Szijjártó: Sie bringen mich in eine Situation, die nicht fair ist, denn wir sprechen über Prinzipien, und ich wiederhole: Das Beste für ein Kind ist eine Familie mit Vater und Mutter. Und ich sage Ihnen, ich hasse die Sprechweise, in Kindergärten anstatt von „Mutter“ und „Vater“ von „Elternteil A“ und „Elternteil B“ zu sprechen.

profil: Sagt man das in Ungarn?

Szijjártó: Nein. Aber ich habe von solchen Trends gehört. Oder Unisex-Toiletten! Ich habe das bei einem EU-Ministertreffen in einem nordischen Land erlebt. Ich war schockiert!

profil: In welche Toilette sollte eine Person gehen, die als Frau zur Welt gekommen ist, ihr Geschlecht geändert hat und jetzt als Mann lebt? Soll sie sich nach Ihrer Reisepassverordnung richten und auf die Damentoilette gehen, weil nur das Geschlecht bei der Geburt zählt?

Szijjártó: Entschuldigen Sie, aber was soll das heißen – ihr Geschlecht geändert?

profil: Sie wissen, was das bedeutet.

Szijjártó: Ich finde, die Tradition von Tausenden Jahren, dass wir Männer und Frauen sind, sollte respektiert werden.

profil: Ungarn weicht auch in außenpolitischen Fragen gelegentlich vom europäischen Mainstream ab. Ihnen wird große Nachsichtigkeit gegenüber Russland und China nachgesagt. Unterdrückt China Ihrer Meinung nach die Demokratie in Hongkong?

Szijjártó: Auch da gilt: Wir kümmern uns viel zu sehr um interne Angelegenheiten anderer Staaten, anstatt

aufzuwachsen, die aus Vater, Mutter und Kindern besteht.

profil: Inwiefern betrifft es das Kind, ob die Eltern verheiratet sind?

Szijjártó: Es gibt auch einen zweiten Weg für Nichtverheiratete.

profil: Wieso kümmert sich der Staat überhaupt darum, ob Adoptiveltern verheiratet sind?

Szijjártó: Der Staat muss Adoptionsregeln festlegen. Und unsere Regel besagt, dass verheiratete Eltern Kinder ohne weitere Genehmigung adoptieren können.

profil: In Deutschland wurde die eingetragene Lebenspartnerschaft – eine Form der Homo-Ehe – 2001 eingeführt, damals gegen den Widerstand der konservativen Unionsparteien. Inzwischen haben sich die Einstellungen stark geändert. Auch konservative Parteien akzeptieren, dass die Ehe Homosexuellen offen steht ...



BOBOSZ MATYÁS

MINISTER SZIJJÁRTÓ UND PROFIL-REDAKTEUR ROBERT TREICHLER
„Sie bringen mich in eine Situation, die nicht fair ist.“

um bilaterale Fragen. Es mag für Sie schwer vorstellbar sein, aber wenn ich mit Politikern anderer Länder zusammensitze, ziehe ich es vor, darüber zu diskutieren, was wir tun können, um die Beziehungen zu verbessern, zum Wohle der Völker beider Seiten. Zu China hat die EU in den vergangenen Jahren acht Statements abgegeben und China verurteilt. Hat das etwas gebracht? Nein. Sollen wir dasselbe ein neuntes Mal tun?

profil: Wie ist Ihre Position im aktuellen Fall der Entführung des Bloggers Roman Protassewitsch durch die Regierung von Belarus?

Szijjártó: Ich halte es auch persönlich für inakzeptabel, ohne Grund ein Flugzeug zur Landung zu zwingen, zumal dieses Flugzeug zwischen zwei Städten der Europäischen Union unterwegs war. Alles, was die belarussischen Behörden getan haben, ist inakzeptabel und muss abgelehnt werden. Ich bin froh darüber, dass die Europäische Union in dieser Frage endlich schnell, mit Disziplin, entschlossen und geeint gehandelt hat. Wir freuen uns, dass die Antworten schnell gefunden und vereinbart wurden, und wir unterstützen und unterstützen sie natürlich voll und ganz.

profil: Als die EU-Außenminister zum Israel-Gaza-Konflikt eine gemeinsame Erklärung abgeben wollten, haben Sie dies im Alleingang verhindert. Warum?

Szijjártó: Israel wurde von Terroristen angegriffen und verteidigte sich. Dieser Sachverhalt wurde nicht klar abgebildet. Die Erklärung wäre sehr einseitig und israelkritisch gewesen.

profil: Und nur Sie waren dagegen?

Szijjártó: Ja.

profil: Die österreichische Bundesregierung hat sogar die israelische Fahne auf dem Regierungsgebäude gehisst. Und gleichzeitig soll Außenminister Schallenberg eine israelfeindliche Erklärung unterstützt haben?

Szijjártó: In meinen Augen war die Erklärung sehr einseitig.

profil: Wenn Sie die Entwicklung Ungarns seit 1989 betrachten, war es eine unglaubliche Erfolgsgeschichte. Mitglied der EU zu werden, hat das Land transformiert. Jetzt aber ist das Land politisch an den Rand geraten. Was ist Ihre Interpretation dieser Situation?

Szijjártó: Ich stimme dem ersten Befund zu, und ich sage: Ungarn ist immer noch eine Erfolgsgeschichte. Wir haben eine der höchsten Wachstumsraten der EU, wir haben steigende Exportzahlen. Und wir haben unsere eigene Meinung, ganz sicher. Aber ich widerspreche Ihnen, wenn Sie sagen, wir befinden uns am Rand. Ich entgegne, wir haben eine laute, starke Stimme innerhalb der EU, und wir diskutieren mit, wenn es um die Zukunft Europas geht. Wir werden gehört.

profil: Eine etwas einsame Stimme, nicht?

Szijjártó: Da widerspreche ich wieder. Bei den Themen Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Klimaschutz sind wir Teil der Mehrheit. Aber wir werden nie akzeptieren, dass diejenigen, die nicht zum Mainstream gehören, zum Schweigen gebracht werden sollen.

INTERVIEW: ROBERT TREICHLER

Plötzlich Feindbild

Glauben die Ungarn wirklich, was da im Staatsfernsehen über profil-Journalistin Franziska Tschinderle gesagt wird? Eine Reise nach Sopron, Győr und Nyúl.

VON FRANZISKA TSCHINDERLE UND SIOBHÁN GEETS

Am Abend des 8. April, als der ungarische Staatssender M1 einen Beitrag über Franziska Tschinderle und das profil bringt, ist die Pensionistin Helga in ihrer Wohnung in der ungarischen Grenzstadt Sopron. Der Fernseher läuft im Hintergrund, wie immer. Ihr Sohn lebt in England, sie will informiert bleiben über das, was in der Welt passiert. Wenn etwas Helgas Aufmerksamkeit erregt, setzt sie sich aufs Sofa und sieht hin. So auch an jenem Abend. „Mit Behauptungen, die als provokante Fragen getarnt waren, wandte sich die Journalistin einer liberalen österreichischen Zeitung an die Fidesz-Abgeordneten im Europaparlament“, sagt die Moderatorin.

Hinter den Fragen von profil würde ein Ziel stecken: die geplante neue Fraktion im Europaparlament anzugreifen. Bereits in der Vergangenheit habe Journalistin Tschinderle kritische Beiträge über den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán verfasst.

Helga sieht, wie ein Foto von Tschinderle eingeblendet wird, dann ihre Artikel und schließlich das E-Mail, das sie geschickt hat. Nur eine Amateurjournalistin würde solche Fragen stellen, heißt es. Drei Minuten ist die schriftliche Anfrage von profil dem Nachrichtensender M1 wert. Und der Beitrag soll nicht der einzige bleiben: Insgesamt werden in den kommenden Tagen vier weitere ausgestrahlt.

Die Attacke auf Tschinderle und profil schlägt Wellen in Ungarn und auch in Österreich.

profil-Herausgeber Christian Rainer telefoniert mit Außenminister Alexander Schallenberg, und Schallenberg telefoniert mit seinem ungarischen Amtskollegen, zahlreiche Medien berichten. Organisationen wie „Reporter ohne Grenzen“ zeigen sich besorgt, mittlerweile liegt der Fall sogar beim Europarat. Die Nachrichtensendung auf M1 ist so etwas wie die „ZIB“ im ORF, rund 400.000 Menschen sehen sie täglich. Von einem Tag auf den anderen ist Franziska Tschinderle in Ungarn bekannt. Sie erhält viel Zuspruch, aber auch Gewaltdrohungen über soziale Medien.

„Schüchtert Sie das jetzt ein?“

„Wir werden gehört.“

Das ist die Frage, die Tschinderle in den kommenden Tagen und Wochen am häufigsten gestellt wird. Nein, sagt sie immer wieder, wir werden selbstverständlich weiter berichten. Unsere Solidarität gilt kritischen Journalisten in Ungarn, die jeden Tag mit solchen Angriffen zu kämpfen haben.

Doch wer ins Kreuzfeuer einer Schmierkampagne gerät, realisiert das Ausmaß oft erst Wochen später. Drohungen im Internet hinterlassen ein mulmiges Gefühl. Wie sehen die Menschen in Ungarn die Angelegenheit? Glauben sie den im Staatsfernsehen verbreiteten Diffamierungen? Ist Tschinderle in Ungarn zu einer Art „persona non grata“ geworden?

Wir fahren nach Ungarn, um diesen Fragen nachzugehen. Die Reise wird auch zu einer persönlichen Aufarbeitung. Denn als Journalistinnen nehmen wir diese Attacke durchaus ernst. Wer uns das Recht abspricht, kritische Fragen zu stellen, der nimmt uns auch unsere Daseinsberechtigung. Wer will in einem Land, wer will in einer Europäischen Union leben, wo das nicht mehr möglich ist?

Wir fragen mehr als ein Dutzend Menschen nach ihrer Meinung. So wie Helga, die wir auf der Terrasse eines Cafés kennenlernen. Viele haben vom Beitrag gehört, anderen zeigen wir ihn auf YouTube.

Als „ungerecht“ bezeichnet Helga die Berichterstattung von M1. Viele, sagt die Mittsechzigerin, glauben die Propaganda aus dem Fernsehen. Das war bei den Flüchtlingen so, bei dem ungarischstämmigen Multimilliardär George Soros – und jetzt bei der jungen Journalistin aus dem Nachbarland.

Es ist kein Zufall, dass wir in Sopron gelandet sind. Nirgendwo sind sich Österreich und Ungarn näher als hier, in einer 60.000-Einwohner-Stadt nahe des Neusiedler Sees. Die Straßenschilder sind zweisprachig, die Kellner wissen, was eine Melange ist. Viele Ungarn aus der Gegend arbeiten in Eisenstadt, Wiener Neustadt oder dem Umland. Am Abend, wenn diese Pendler zurückkehren, staut es sich an der Grenze kilometerweit.

Die Menschen in Sopron kennen den Fall Tschinderle. Auch Helgas Schwiegersohn hat in den Medien darüber gelesen. „Das wart ihr“, sagt er, „natürlich kennen wir euch!“

Sopron ist bekannt für zwei Dinge: Dentaltourismus und das paneuropäische Picknick. Hier entstand 1989 jenes ikonische Foto, das den österreichischen



IM RATHAUS
Von mangelnder Pressefreiheit im Land will Bürgermeister Dézsi nichts wissen.

Außenminister Alois Mock dabei zeigt, wie er den Eisernen Vorhang mit einer Zange durchtrennt. Heute erinnert ein Museum in Sopron an diesen Moment. Unweit davon raucht Helga eine Zigarette auf der Terrasse eines Cafés. Neben ihr sitzen die Tochter und der Schwiegersohn, am Nebentisch die „Amateur-Journalistin“ aus dem Fernsehen.

Helga hat M1 die Behauptungen über Tschinderle nicht geglaubt. In Sopron treffen wir niemanden, der sich hinter den Fidesz stellt und unsere Fragen für provokant hält. Die meisten schütteln den Kopf und sagen, dass sie ganz bewusst kein M1 schauen. Aber in den Dörfern sei das anders, erzählt ein Buchhändler, der in einem Antiquariat um die Ecke arbeitet. Er bezeichnet Ungarn als gespaltenes Land. Zwischen Stadt und Land liegen Welten.

Gemeinsam mit Tibor, unserem Übersetzer für diese Recherche, fahren wir nach Nyúl, einem verschlafenen 3900-Einwohner-Ort an der ungarisch-slowakischen Grenze. Eine schnurgerade Straße führt von der Dorfkirche bis zum Supermarkt, flankiert von Einfamilienhäusern, einer Konditorei und einem Tabakladen. Drinnen sitzen darf nur, wer bereits geimpft ist.

Der Großteil der Dorfbewohner winkt ab, sobald wir uns als Journalisten vorstellen. Bei heimischen Medien sei das nicht anders, sagt Tibor, der in Budapest als Journalist arbeitet. Die ständigen Diffamierungen haben ihre Spuren hinterlassen: Viele Menschen trauen Medien nicht mehr über den Weg.

Wer mit uns spricht, der äußert sich kritisch gegenüber Fidesz, viele geben an, sich nicht für Politik zu interessieren und schon lange nicht mehr wählen zu gehen. „Das ist mir egal“ und „Ich will nur meine Ruhe haben“ – Sätze wie diese hören wir in diesen Tagen oft. Im Blumenladen der Stadt steht eine junge Frau mit Schürze und sagt: „Ich würde gerne in einer Blase leben, in der es keine politischen Konflikte gibt.“ Sie trägt ein Tattoo am Unterarm, ist geschätzte Mitte 30.



DIE REPORTAGE ALS AUFARBEITUNG
Franziska Tschinderle (rechts) und Siobhán Geets vor dem Rathaus von Győr



SIOBHAN GEETS

Eine alte Frau mit Gehstock, die in ihren Laden kommt, keift: „Lasst uns in Ruhe, wir haben schon genug Probleme.“ Eine Dritte wiederum bleibt draußen am Parkplatz stehen. Sie ist wütend, ihr Leben sei viel schlechter, seit Orbán an der Macht ist.

Die Gegend gilt als Fidesz-Hochburg. Wo sind die Unterstützer Orbáns?

Einer von ihnen lehnt an einem Imbissstisch an einer Tankstelle am Rand der Stadt. Mâte, 30, trägt kurz rasierte Haare, Goldkettchen und kurze Hose. Er fährt Mercedes, betreibt ein Fitnesscenter und ist zufrieden: „Orbán ist gut für uns Ungarn. Wir haben Geld und Arbeit.“

Wir zeigen ihm das Video, er kannte den Fall nicht. „Wir Fidesz-Wähler sind nicht blöd“, sagt er, „wir sehen, dass bei den Medien in Ungarn etwas falsch läuft.“ Mâte sagt, dass er sich weder für Politik noch für Medien interessiere, sondern einfach nur sein Leben leben will. Was er wisse: Seit Orbán an der Macht ist, entwickle sich sein Land weiter. Ein ganzes Jahr lang habe er sein Fitnessstudio coronabedingt schließen müssen, dennoch sei er gut durch die Krise gekommen: Die Regierung schüttete finanzielle Hilfen aus – eine halbe Million Forint, umgerechnet 1500 Euro, waren das für Mâte.

Das Video und die Angriffe auf Journalisten interessieren ihn wenig, solange sein junges Unternehmen floriert.

Die Begegnung mit Mâte war aufschlussreich: Auch mit beschränkter Pressefreiheit lässt es sich offenbar komfortabel leben.

Als Feindbild sieht er Journalisten hingegen nicht. Es scheint, als täte der Fidesz das weniger für seine Klientel als für sich selbst, zumindest im Fall Tschinderle. Wozu also das Ganze?

Eine Antwort darauf hoffen wir in Győr zu finden. Seit zwei Jahren regiert der Kardiologe Csaba András Dézsi die 130.000-Einwohner-Stadt im westlichen Pannonien. Als Standort zahlreicher Motorenwerke

FIDESZ-FAN MÂTE
„Orbán ist gut für uns Ungarn. Wir haben Geld und Arbeit“, sagt der Betreiber eines Fitnessstudios. Sein Gesicht zeigen will er nicht.

„Es gibt keine falschen Fragen, nur falsche Antworten.“

Csaba András Dézsi, Fidesz-Bürgermeister von Győr

ist Győr einer der wichtigsten Industrieorte des Landes. Auch von hier ist es nicht weit zur österreichischen Grenze. Doch Dézsi, der neben der Regierungspartei Fidesz auch Mitglied der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) ist, behauptet, bis zu unserem Besuch nichts vom Fall Tschinderle gehört zu haben. Dabei ist der Bürgermeister, der nach wie vor als Oberarzt arbeitet, seinen eigenen Aussagen nach selbst Journalist: Er veröffentlicht regelmäßig Kommentare in lokalen Tageszeitungen und ist außerdem Autor eines Kinderbuchs. Es handelt von seinem Leben mit zwei Papageien namens Gerson und Panka.

Dézsi empfängt im prächtigen Rathaus der Stadt, einem Prunkbau aus dem 19. Jahrhundert. Am Eingang weht die EU-Flagge, im zweiten Stock setzt sich der Bürgermeister in einen holzvertäfelten Konferenzraum und öffnet ein Coca-Cola.

Von mangelnder Pressefreiheit im Land will er nichts wissen. Heutzutage könne doch jeder seine Meinung über die sozialen Medien veröffentlichen, er selbst habe sogar einen TikTok-Account, sagt er stolz. Auf die Frage, wieso Orbán nahestehende Oligarchen zahlreiche Medien aufgekauft, geschlossen oder im Sinne der Regierungspartei umgekrempelt haben, geht der Bürgermeister gar nicht erst ein, spricht von einem „Pseudoproblem“. Er selbst rede jederzeit gern mit Journalisten, betont er: „Es gibt keine falschen Fragen, nur falsche Antworten.“

Weil er den Beitrag auf M1 nicht gesehen hat, zeigen wir ihm das YouTube-Video auf dem Smartphone. „Ich möchte das nicht kommentieren, denn ich habe damit nichts zu tun“, sagt Dézsi danach. Wir zeigen ihm das E-Mail, das wir Fidesz geschickt haben, und fragen, ob er den Inhalt provokant findet. „Ich kann das nicht beurteilen“, sagt er noch einmal, „ich bin hier nicht der Richter.“

Diese Antwort kommt überraschend, denn vor einer halben Stunde hat der Bürgermeister noch gesagt: „Die Arbeit von Journalisten ist wichtig. Wir machen einen großen Fehler, wenn wir nicht mit ihnen reden.“

Insgesamt spricht Dézsi eineinhalb Stunden mit uns. Er erzählt von der Zeit des Kommunismus, als man in Győr Fernsehsender aus dem Westen empfangen konnte, darunter auch den ORF. Er erwähnt sogar seinen Vorgänger Zsolt Borkai, dessen Name in Ungarn jeder kennt, weil er als Bürgermeister zurücktreten musste. Der Grund: Auf einer Porno-Website war ein Video aufgetaucht, das ihn beim Drogenkonsum und Geschlechtsverkehr auf einer Yacht im Adriatischen Meer zeigt.

Nachfolger Dézsi ist mit seinem TikTok-Account viel familienfreundlicher. Zum Abschied gibt er uns ein deutschsprachiges Exemplare seines Papageien-Buchs mit auf die Reise.

„Das ist nicht meine Story“, hat Dézsi immer wieder zu uns gesagt.

Doch es war seine Partei, die unsere Story als „Fake News“ abgetan hat – obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal erschienen war. Der Fidesz, so scheint es, spricht lieber über Journalisten als mit ihnen.

MITARBEIT: TIBOR RÁCZ